

Ihr Andenken

Erst outsourcen, dann hängenlassen – hunderte Ortskräfte in Afghanistan sind nach dem deutschen Abzug größten Gefahren ausgesetzt | Von Thore Schröder

Kabir Popal spricht sehr gutes Englisch und auch ein paar Brocken Deutsch. Ein Wort hat sich der Afghane besonders eingeprägt, er spricht es akzentfrei aus nach 14 Jahren Dienst für die Deutschen: „Abschiedsgeschenk“.

Als Manager eines Geschäfts für Militärausrüstung im Camp Marmal der Bundeswehr in Mazar-i-Sharif war er verantwortlich für das Gravieren von Medaillen und Münzen, für das Bedrucken von T-Shirts oder Hoodies, die die deutschen Soldaten als Erinnerung mit nach Hause nahmen. Auch die Kameraden, die als letztes Kontingent Ende Juni vom Hindukusch nach Deutschland flogen, haben sich in seinem Geschäft – dem „Deutsche Service Post Exchange“ – noch mal eingedeckt. Am Ende mussten Popal und seine Kollegen wochenlang fast im Akkord arbeiten, um die Andenken fertigzustellen.

Mit dem Abschied der letzten Militär-angehörigen war der Bundeswehrein-satz nach fast zwei Jahrzehnten und Kosten von 12,5 Milliarden Euro am 30. Juni beendet. In Berlin wurde zuletzt vor allem noch darum gestritten, wie die insgesamt 160 000 Soldaten, die in Afghanistan Dienst getan hatten, gewürdigt werden – nachdem sich kein einziger Spitzenpolitiker beim Empfang der letzten Maschinen hatte blicken lassen. Nun soll es am 31. August einen Großen Zapfenstreich vor dem Reichstag geben, dabei wird dann auch der 59 gefallenen Bundeswehrsoldaten gedacht.

Was aber mit den Afghanen passiert, die teils jahrelang sehr eng mit den Deutschen zusammengearbeitet und ihren Einsatz erst möglich gemacht haben, bleibt unklar. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hatte Mitte April nach der Abzugsankündigung Deutschlands „tiefe Verpflichtung“ betont, „diese Men-



Abschiedsgeschenke für die Soldaten: Kabir Popal aber darf nicht mit nach Deutschland

schen (...) nicht schutzlos zurückzulassen. Verschiedene deutsche Afghanistan-Experten hatten im Mai einen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie forderten: „Bringt unsere afghanischen Helfer in Sicherheit!“ Im Einzelnen verlangten die Wissenschaftler, Ex-Diplomaten und Militärs unbürokratische und zügige Prüfungsverfahren und den Verzicht auf Ausschlusskriterien, die der Realität nicht gerecht werden.“

Den meisten Gefährdungsanzeigen von zuletzt bei Innen- und Verteidigungsministerium (bzw. Polizei und Bundeswehr) beschäftigten Afghanen wurde nun offenbar stattgegeben. Gleichfalls bekamen diejenigen Ortskräfte, die in den Jahren 2013 bis 2020 für die Deutschen gearbeitet hatten, eine erneute Chance zur Prüfung. Relativ unbürokratisch und schnell erlangten so knapp 500 Ortskräfte ein Visum, mitsamt den Angehörigen 2400 Personen. Doch auch diese Afghanen war-

ten zum großen Teil noch vor Ort auf Ausreiseformen: Die Bundeswehr hat Mazar-i-Sharif verlassen, die Visastelle der Botschaft in Kabul ist seit einem großen Anschlag 2017 geschlossen, und die nun zuständige UN-Behörde International Organization for Migration (IOM) ist überfordert und unterbesetzt. „Zusätzlich wären noch rund 2000 weitere Personen berechtigt, den Visumsprozess zu starten, doch sie haben keine Anlaufstelle“, erklärt



THORE SCHRÖDER

berichtet als Reporter aus dem Nahen Osten. Er schreibt regelmäßig für Spiegel Online, Tagesspiegel, Zeit und das maßgebliche Fachblatt zum Nahen Osten Zenith.

Marcus Grotian, Bundeswehrsoldat und Vorsitzender des Patenschaftsnetzwerks Afghanische Ortskräfte.

Was wird nun aus ihrem Land? Die Deutschen sind schon weg, die letzten US-Soldaten dürften in den nächsten Wochen oder schon Tagen abfliegen. Dafür übernehmen die Taliban immer weitere Bezirke. Zuletzt eroberten sie den strategisch wichtigen Übergang Buldak-Chaman an der Grenze zu Pakistan. Mehrere Bezirkshauptstädte sind von ihnen umzingelt oder stehen bereits unter Beschuss. Laut dem renommierten Long War Journal haben die Taliban innerhalb von zwei Monaten das Gebiet unter ihrer Kontrolle verdreifacht. Besonders ihr Vormarsch im Norden erschreckt, traf die fundamentalistische Miliz dort vor 2001 doch auf den härtesten Widerstand.

Es scheint, als machten sich die Islamisten für den Sturm auf Kabul bereit. Vor diesem Hintergrund rief Frankreich in

dieser Woche alle seine Bürger auf, Afghanistan zu verlassen. Auch die Hauptstadt ist längst nicht mehr sicher. Das musste am vergangenen Dienstag auch Kabir Bopal, der Abschiedsgeschenkeverkäufer aus dem Camp Marmal, feststellen. Nur knapp entging er einem Anschlag im Zentrum, bei dem mindestens fünf Menschen starben. Bopal war zuvor mit seiner Frau und seinen drei Söhnen aus Mazar nach Kabul geflüchtet, weil ein Taliban-Mullah seinem Vater gedroht hatte, er wisse, dass der Sohn für die Deutschen gearbeitet habe.

In der Hauptstadt angekommen schrieb der 32-Jährige erneut an das Auswärtige Amt. Die Antwort kam prompt: Man habe ihm bereits mitgeteilt, dass er für das Aufnahmeverfahren „nicht berechtigt“ sei, da er nie für eine deutsche Dienststelle gearbeitet habe. 14 Jahre in einem deutschen Unternehmen auf einem deutschen Stützpunkt gelten also nichts im Visaprozess. Wie ihm geht es tausenden anderen Afghanen. Viele von ihnen haben für Subunternehmer gearbeitet; darunter die Männer, die im Camp Marmal eine Kirche bauten. „Eine Todsünde in den Augen der Taliban“, sagt Grotian.

Bopal hat seine Ersparnisse mit nach Kabul genommen. Das Geld würde ausreichen, um für sich und seine Familie Flugtickets nach Deutschland zu bezahlen. Die Ortskräfte, die ein Visum erhalten, müssen ihre Reisekosten nämlich selbst tragen, für viele ist auch das unmöglich.

Winfried Nachtwei, früherer Bundestagsabgeordneter der Grünen und einer der Unterzeichner des Mahnbriefts vom Mai, ist entsetzt über das unmenschliche Abwickeln des Bundeswehrein-satzes. „Risiken wurden auf Beschäftigte abgewälzt“, klagt er, „nach dem Prinzip: erst outsourcen, dann hängenlassen.“

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Acht zu zwei

Wie es der Wahlkampf erfordert, hat Armin Laschet ein Versprechen zu Frauenpolitik und Feminismus abgegeben: Wenn er Bundeskanzler würde, werde er dafür sorgen, dass das Kabinett je zur Hälfte aus Frauen und Männern bestehen werde.

Der Kandidat der Union könnte die Vollmacht aus dem Grundgesetz ableiten, in dem es heißt, dass die Bundesminister „auf Vorschlag des Bundeskanzlers“ ernannt werden. Doch Verfassung und Verfassungswirklichkeit klaffen – auch dort – auseinander. In den Koalitionsverträgen nämlich vereinbaren die beteiligten Partner regelmäßig, welche Partei welche Ministerposten wie besetzen kann. So wird es auch nach der nächsten Bundestagswahl kommen. Nicht der Kanzler, nicht die Kanzlerin entscheidet, welche Vorschläge dem Bundespräsidenten zur Ernennung gemacht werden. Die Parteien, genauer: ihre Führungen, tun das.

Laschet könnte, wäre er Kanzler, mithin gar nicht bestimmen, wie viele Männer und wie viele Frauen seinem Kabinett angehören. Lediglich die Quotierung der seiner CDU zukommenden Posten könnte er als Parteivorsitzender durchsetzen. So gesehen ist Laschets Ankündigung ein vorweggenommenes Sich-Schmücken mit fremden Federn. Vor allem die SPD hat damit so ihre Erfahrungen gesammelt. Vorsicht also.

In Laschets Versprechen schwang ein „endlich einmal anders“ mit. Wie also ist es mit Angela Merks Kabinett? Neben der Bundeskanzlerin gibt es sechs Ministerinnen und neun Minister. Die Spitzen von CDU und SPD aber haben ihre jeweils sechs Ministerposten je hälftig mit Frauen und Männern besetzt. Sie haben geliefert. Dass eine Quotierung scheiterte, lag allein an der CSU. Drei Ressortleiter aus Bayern – drei Männer. Weil – im Falle des Falles – die Grünen ihre Ministerien zur Hälfte an Frauen vergeben würden, könnte Laschets Versicherung nur erfüllt werden, wenn die CSU ihre Personalpolitik ändert. Auf Markus Söder also würde es ankommen.

Doch wie ist es in der Wirklichkeit, dort, wo Laschet schon Chef ist? Der nordrhein-westfälischen Landesregierung, der er seit 2017 als Ministerpräsident vorsteht, gehören 14 Mitglieder an. Die Ressortverteilung am Rhein ist von Laschets Versprechen für den Bund weit entfernt. Zehn Männern stehen vier Frauen gegenüber. Die Ungleichverteilung im NRW-Kabinett liegt vor allem an Laschets Partei. Die Landes-CDU stellt 10 Kabinettsmitglieder. Davon – Obacht! – acht Männer und zwei Frauen. Was war denn da los?

Digitale Destruktion

Ein großangelegter Cyberangriff könnte Deutschland ins Chaos stürzen. Was tut die Politik dagegen? | Von Oliver Rolofs

Dass die Digitalisierung nicht nur Segen bringt, musste zuletzt der Landkreis Anhalt-Bitterfeld erfahren, der Opfer eines Cyberangriffs wurde und bundesweit erstmals einen „Cyber-Katastrophenfall“ ausrief. Gleichzeitig warnte diese Woche ein Institut der Fraunhofer-Gesellschaft die Parteien vor Sicherheitsmängeln in ihren IT-Systemen und Risiken von Desinformationskampagnen zur diesjährigen Bundestagswahl.

Wie hoch die Cyberbedrohungslage hierzulande ist, bedarf keiner weiteren Beweise. Die pandemie-bedingte Umstellung auf das Arbeiten von zu Hause hat die Angriffsfläche von Unternehmen und Behörden nochmals vergrößert. Die Zahlen sind erschreckend. Sie zeigen, dass sich Cyberkriminalität zu einer Parallelpandemie entwickelt hat und konventionelle Sicherheitsmechanismen immer weniger greifen. Zwischen 2019 und 2020 hat laut einer Sicherheitsstudie des amerikanischen IT-Sicherheitsunternehmens Deep Instinct allein die Anzahl der Ransomware-Attacks, eine Erpresser-Software die auch dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld zum Verhängnis wurde, um 435 Prozent zugenommen.

Die jüngsten Vorfälle wie beim amerikanischen Pipelinebetreiber Colonial Pipeline oder der irischen Gesundheitsbehörde zeigen die schwerwiegenden Auswirkungen von Ransomware-Angriffen auf den Ge-

schaftsbetrieb sowie die Stabilität kritischer Infrastrukturen. Experten schätzen die weltweit verursachten Schäden durch Cyberkriminalität inzwischen auf bis zu eine Billion US-Dollar pro Jahr. Das entspricht der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Italien. Neben den hohen wirtschaftlichen Schäden werden auch Gesellschaft und Demokratie zunehmend zu digitalen Opfern. Deutschlands Politik sei ein „attraktives Ziel“ für Desinformationskampagnen, warnte erst das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Während die Bundestagswahl noch analog mit Papierstimmzetteln durchgeführt wird und kaum direkte digitale Angriffsflächen bietet, sieht es beim Wahlkampf anders aus. Mit ausgefeilten Kampagnen können Hacker und Fälscher mit Desinformation, Diskreditierung von Politikern über soziale Medien und Angriffen auf IT-Infrastrukturen von Parteien und öffentlichen Einrichtungen die Wahlbeteiligung und Stimmungslage beeinflussen. Oftmals wird dabei an Russland mit seiner sogenannten „schwarzen Propaganda“ in Zusammenhang gedacht. Aber es müssen nicht immer fremde Mächte sein. 2016 bewies die Zusammenarbeit zwischen Facebook und der Trump-Kampagne im US-Wahlkampf, was möglich ist. Damals hat das inzwischen insolvente Skandalunternehmen Cambridge Analytica aus politischen Zwecken illegal auf die Daten von 60 Millionen Facebook-

Nutzern zugegriffen und damit die Wahl von Trump sowie später im Vereinigten Königreich das Brexit-Votum beeinflusst.

Wie sehr soziale Medien in kurzer Zeit die Stimmungslage aufheizen, muss derzeit der CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet erfahren, der angesichts der schrecklichen Hochwasserkatastrophe im Westen Deutschlands einer hässlichen Hetzkampagne ausgesetzt ist. Soziale Medien wie Twitter und Facebook oder Messenger-Dienste Telegramm tun nach wie vor zu wenig gegen Hass, Fake News und Diffamierungen im Netz. Zwar arbeiten laut Facebook heute rund 200 Experten unter anderem für Gefährdungsanalyse, IT-Sicherheit und Strafverfolgung daran, politischen Missbrauch und Hassbeiträge auf der Plattform frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Was sie allerdings gegenüber 3,4 Milliarden Nutzern und Millionen von Gruppen bei Facebook ausrichten können, ist fraglich. Es liegt an



OLIVER ROLOFS

ist Managing Partner der Münchner Strategieberatung connecting trust und Cybersicherheitsexperte. Er war langjähriger Kommunikationschef der Münchner Sicherheitskonferenz.

der Politik, ob sie die Internetriesen weiter mit Samthandschuhen anfasset oder fester an der Regulierungsschraube dreht.

Spätestens seit der Corona-Krise sollte man gewarnt sein, dass die staatliche Krisen- und Katastrophenvorsorge trügerisch ist. Es fehlt vor allem an wichtigen Rückfallebenen. Allein in Deutschland gibt es fast 2000 Kritische Infrastrukturen, aber wenig Kapazitäten für einen digitalen Katastrophenschutz. Im Falle eines Cyberangriffs stehen diesen 15 Mitarbeiter eines Mobile Incident Response Team (MIRT) der Bonner Cybersicherheitsbehörde BSI gegenüber. Zum Vergleich: Estland setzt mit einer eigenen Cyber-Einheit in den estnischen Streitkräften mehrere hundert IT-Spezialisten als „Digital-Miliz“ zum Schutz der Kritischen Infrastrukturen des Landes ein. Bislang haben Cybersicherheit und der Schutz unserer digitalen Souveränität nicht die nötige Priorität in der Politik. Auf den Rat von IT-Experten wird in Legislative und Exekutive viel zu wenig gehört, auch weil es den politischen Entscheidungssträgern aufgrund ihrer persönlichen Biografie an einem grundlegenden Verständnis von komplexen Zusammenhängen in der digitalisierten Welt mangelt. Genauso komplex mutet die deutsche Cybersicherheitsarchitektur an. Mit über 50 Institutionen, Ressorts und Organisationen auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen obstruiert sie von vornherein eine

wirkungsvolle Sicherheitsstrategie. Sie ist ein „Wimmelbild der Verantwortungsdiffusion“, wie es treffend Manuel Atug, der Sprecher der sich mit kritischen Infrastrukturen beschäftigenden AG Kritis, formulierte.

Staat und Politik müssen neue Sicherheitsstrategien entwickeln, die nicht verwalten, sondern gestalten. Wenn größere Katastrophen verhindert werden sollen, muss eine neue Sicherheitskultur etabliert werden, in der Datenschutz und IT-Sicherheit „by design“ der Standard sind. Effektiver in der Cyberabwehr wird Deutschland, wenn Kompetenzen gebündelt werden und sich nicht im Klein-Klein des Föderalismus verlieren. In den USA ist nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 das Heimatschutzministerium gegründet worden, das 22 Behörden unter einem Dach vereinte. Nach diesem Vorbild braucht auch Deutschland eine schlagkräftigere Cyberabwehr, sowie nach estnischem Vorbild einen digitalen Katastrophenschutz. Ein aus Ehrenamtlichen und Freiwilligen bestehendes Cyber-Hilfswerk (CHW), wie es von der AG Kritis gefordert wird und unbürokratisch eingesetzt werden kann, sollte schnell in die Praxis umgesetzt werden. Klar ist: 100-prozentige Sicherheit kann man nicht erwarten, eine sinnvolle Sicherheitsvorsorge des Staates, die Resilienzkapazitäten und Rückfallebenen schafft aber schon, um nach einem großen Cyberangriff wieder schnell auf die Beine zu kommen.